



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 10.06.2011

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 16. Juni 2011, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift

2. Mitteilungen

3. Fragestunde

4. **11-F-33-0011**

Zukunft der HSK sichern

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.06.2011 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden steht dafür, die Dr. Horst Schmidt Kliniken (HSK) als kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung in städtischer Regie zu erhalten. Die Stadt bleibt auf Dauer Mehrheitsgesellschafter ihres Krankenhauses und verfügt über maßgeblichen Einfluss bei Strukturentscheidungen, zum Beispiel Erhalt der Kinderklinik.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Um für Patienten die medizinische Versorgung auf dem gewohnten Spitzenniveau nachhaltig zu sichern, sind neben der finanziellen Konsolidierung umfassende Investitionen in Medizintechnik, Haustechnik und Gebäudesubstanz erforderlich. Unter den Gesichtspunkten von Baukosten, Zeitdauer, einwerbenden Fördermitteln und durch bauliche Optimierung erzielbaren Effizienzgewinnen, ist ein Neubau einer Sanierungslösung eindeutig vorzuziehen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die Geschäftsführung der HSK Rhein-Main GmbH zu veranlassen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Beteiligung eines langfristig engagierten strategischen Partners an der HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH Klinikum der Landeshauptstadt Wiesbaden (im Folgenden auch „HSK GmbH“ genannt) sowie ggf. an weiteren Tochtergesellschaften der HSK Rhein-Main GmbH zu ermöglichen.
3. Um diese Ziele bestmöglich zu erreichen, soll die HSK Rhein-Main GmbH im Rahmen eines Konzeptwettbewerbs einen geeigneten strategischen Partners finden, der die Gewähr für die bestmögliche Umsetzung
 - eines modernen **medizinischen Konzepts**,
 - eines auf nachhaltige wirtschaftliche Stabilität der HSK-Gruppe ausgerichteten **wirtschaftlichen Konzepts**,
 - eines verantwortungsbewussten **Personalkonzepts**,
 - sowie eines **organisatorischen Konzepts**, das einen umfassenden Einfluss der Landeshauptstadt Wiesbaden bei grundlegenden Entscheidungen sicherstellt, bietet.
4. Die Suche nach einem strategischen Partner im Wege eines Konzeptwettbewerbs soll auf fachlich fundierter Grundlage und mit externer Unterstützung erfolgen, insbesondere um sicherzustellen, dass das Verfahren mit geltendem Recht, u.a. den kommunalrechtlichen Vorgaben, vereinbar ist.
5. Im Rahmen einer Minderheitsbeteiligung muss die vollständige Entschuldung der HSK gewährleistet sein. Die Gelder aus dem Verkauf der Minderheitenanteile verbleiben in der HSK Rhein-Main GmbH.
6. Die HSK-Belegschaft wird an dem gesamten Entscheidungsprozess beteiligt, insbesondere im Hinblick auf die Auswahl des künftigen Partners. Die Wiesbadener Bevölkerung wird über den Prozess ausreichend informiert und eingebunden.
7. Die angestrebte Partnerschaft mit der medizinischen Fakultät der Universität Szeged (Ungarn) soll weiterverfolgt werden, um den universitären Charakter der HSK zu stärken und die Rekrutierung von medizinischem Fachpersonal zu erleichtern.“
8. Die abschließende Entscheidung über die Frage, „ob“ ein strategischer Partner beteiligt wird und – bejahendenfalls – mit wem eine Partnerschaft begründet werden soll, bleibt der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.

5. 11-F-33-0007

ÖPNV stärken - WIBahn auf die Schiene bringen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 07.06.2011 -

Wiesbaden hat einen gut funktionierenden Stadtbusverkehr, der wesentlich zur Umwelt- und Lebensqualität und zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beiträgt. Die wachsenden Anforderungen des Klimaschutzes und die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung erfordern jedoch eine zunehmende Stärkung des ÖPNV. Deshalb gilt es - neben der Optimierung und Attraktivitätssteigerung des Stadtbussystems - für die Landeshauptstadt Wiesbaden als integrales Element der Region intelligente Verkehrsprojekte zu entwickeln, um mit einem ein noch attraktiveren Angebot zunehmend mehr Menschen für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu gewinnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit des ÖPNV durch die Ergänzung um Schienenverkehrsangebote zu prüfen.

Dabei soll vorrangig die Realisierungsmöglichkeit einer Schienenverbindung in die Innenstadt, unter Berücksichtigung existierender Verbindungen vom und zum Hauptbahnhof, geprüft werden, insbesondere

- welche Trassenführung unter Berücksichtigung vorhandener Schienenwege zur Ergänzung oder Entlastung vorhandener Busverkehre - auch aus Sicht der Stadtentwicklung und des Baurechts - in Betracht kommt,
- welche Standorte mit zu erwartend hohem Fahrgastaufkommen (Einkaufsbereiche, Arbeitsplatzstandorte, Gewerbegebiete, Hoch- und Berufsschulstandorte) als Ein- und Aussteigeorte für geeignet erscheinen,
- welcher Investitionsbedarf sich aus den möglichen Varianten ergibt und welche Fördermöglichkeiten und Finanzierungs- und Betreibermodelle dafür geltend gemacht werden können.

6. 11-F-03-0039

Weniger Verkehr und Lärm für Biebrich und Schierstein!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011 -

Der Wiesbadener Stadtteil Biebrich kämpft mit massiven Verkehrs- und Lärmproblemen im Umfeld des Gewerbegebietes Hagenauer Straße/ Äppelallee und BAB 66 und 643. Ein geplanter Ausbau eines Möbelmarktes im Gewerbegebiet und der sechsspurige Ausbau der BAB 643 werden die Verkehrs- und Lärmprobleme für Biebrich als auch für Schierstein weiter verschärfen, vor allem wenn der Autobahnausbau ohne einen umfassenden Lärmschutz erfolgt. Die von der Stadt geforderten Lärmschutzwände beidseitig entlang der gesamten Neubaustrecke sind im Planfeststellungsverfahren vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nicht berücksichtigt worden. Ein Workshop zu den Verkehrsproblemen in Biebrich, wie er am 27.10.2010 analog für das Gewerbegebiet Petersweg Ost durchgeführt wurde, liegt auch im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner. Diese können durch dieses Vorgehen stärker in die Lösungsfindung eingebunden werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der BAB 643 Klage einzureichen, wenn in diesem Beschluss der durch die Stadt Wiesbaden geforderte umfassende Lärmschutz nicht berücksichtigt wird.
2. zeitnah einen Workshop vorzubereiten und durchzuführen, der die Verkehrsprobleme in Biebrich, die durch das Gewerbegebiet und die BAB 643 verursacht werden, thematisiert und Lösungswege erarbeitet. Am Workshop sollen auch interessierte Bürgerinnen und Bürgern teilnehmen können. Um eine rechtzeitige und umfassende Bekanntmachung des Termins wird gebeten.

7. 11-F-08-0017

Keine städtischen Gelder zur Förderung einer "Geld-Elite"-Hochschule!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 08.06.2011 -

In der Sitzung vom 13.12.2007 hatte die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung (mit den Stimmen der SPD-Fraktion) einen jährlichen städtischen Zuschuss an die European Business School (EBS) in Höhe von 200.000 Euro pro Jahr für einen Zeitraum von 15 Jahren (insgesamt 3 Millionen Euro) beschlossen. Mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN und FDP beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 14.5.2009 mit einem „aus quartiersbezogener, städtebaulicher Sicht wichtigen finanziellen Beitrag in Höhe von 10 Mio. Euro“ eine weitere Zahlung aus dem städtischen Haushalt für die EBS.

Angesichts der sehr beschränkten finanziellen Situation der Landeshauptstadt Wiesbaden, wie sie sich insbesondere im Sozialetat niederschlägt, und den dringend erforderlichen erheblichen Investitionen im öffentlichen Bereich schulischer und vorschulischer Bildung, möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Beschluss Nr. 0632 der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2007 und der Beschluss Nr. 0252 der Stadtverordnetenversammlung vom 14.5.2009 werden aufgehoben.

8. 11-F-07-0009

Jugendschutz / Jugenddelinquenz
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.06.2011 -

Brutale Straftaten von Jugendlichen auch in Wiesbaden nehmen zu, dazu kommen Tatbestände von Vandalismus. Das Betreten bestimmter Stellen in Wiesbaden in der Nachtzeit gilt als riskant. Vielfach sind nicht nur Jugendliche Täter, sondern eben auch Opfer von Aggressionen. Der renommierte Schweizer Kriminologe Professor Martin Killias macht für die bedenkliche Entwicklung einen zu weit getriebenen Liberalismus und die Schaffung von Gelegenheiten für Gesetzesübertretungen verantwortlich. Die Möglichkeiten, anonym Gewalt auszuüben, müßten systematisch genommen werden, dazu gehöre eine konsequente Anwendung der Jugendschutzgesetze.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen, wie er die Problematik anzugehen gedenkt und dabei zu folgenden Punkten konkrete Angaben zu machen:

1. Wie wird in Wiesbaden die Jugendschutzgesetzgebung bezüglich des Besuchs von Gaststätten und Tanzveranstaltungen durchgesetzt? Gibt es regelmäßige Kontrollen, z.B. im Schlachthof und im Tattersall und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Gibt es Überprüfungen in den Nightliner-Bussen?
2. Was für Maßnahmen will der Magistrat ergreifen, um zu verhindern, daß sich an bestimmten Stellen in der Stadt Jugendliche versammeln, aggressiv auftreten, Alkohol trinken, privates oder öffentliches Gut zerstören und Müll hinterlassen?
3. Hält der Magistrat es für denkbar, in Wiesbaden zur besseren gesellschaftlichen Integration von Jugendlichen und zur Verhinderung von Straftaten eine enge Kooperation von Schule, Jugend- und Sozialarbeit, Polizei und Richterschaft zustande zu bringen, wie sie die Berliner Richterin Kirsten Heisig in ihrem Buch „Ende der Geduld“ vorschlägt?

9. 11-F-05-0003

Prävention von Jugendgewalt

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 27.05.2011 -

Obwohl die Kriminalstatistik der Landeshauptstadt Wiesbaden seit Jahren einen positiven Trend aufzeigt, wird die Sicherheitslage in der Landeshauptstadt Wiesbaden subjektiv oft anders empfunden.

Grund für das schlechter werdende Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung ist die Häufung von schweren Fällen von Körperverletzung, mit Ausdruck besonderer Aggressivität. Zu diesen Delikten zählen im letzten halben Jahr u.a. drei Todesfälle durch Gewalt von Jugendlichen.

Zur Bekämpfung der Gewalt bei Jugendlichen fordern Fachleute, Polizei sowie das Jugendparlament die Ausweitung von Präventionsmaßnahmen und ein stärkeres öffentliches Interesse.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. gemeinsam mit dem Präventionsrat, Jugendparlament und dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Völkerverständigung sowie dem Ausschuss für Schule und Kultur eine stadtweite Kampagne gegen Gewalt zu initiieren. Vorhandene Projekte sollten in diesem Zusammenhang besser vernetzt und optimiert werden.
2. in Kooperation mit den Schulen einen Workshop durchzuführen. In der Informationsveranstaltung sollen u.a. die verschiedenen schulischen Anti-Gewalt-Projekte vorgestellt werden.
3. darauf hinzuwirken, daß jährlich ein Geschäftsbericht des Präventionsrates vorgelegt wird.
4. ein stadtweites Sicherheitskonzept, unter Berücksichtigung besonderer Brennpunkte, vorzulegen.

10. 11-F-33-0009

Abberufung eines hauptamtlichen Beigeordneten / Erste Beschlussfassung zur Abwahl von Stadtrat Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.06.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

In § 76 der Hessischen Gemeindeordnung wird die Abberufung von hauptamtlichen Beigeordneten (in Städten: Dezernentinnen und Dezernenten) geregelt. Eine Abberufung kann in Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern innerhalb von sechs Monaten nach Beginn der Wahlzeit der Gemeindevertretung mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder erfolgen. Über die Abberufung ist zwei Mal zu beraten und abzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der hauptamtliche Beigeordnete der Landeshauptstadt Wiesbaden, Herr Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös, wird vorzeitig abberufen (§ 76 Abs. 2 HGO).

11. 11-F-33-0010

Abberufung einer hauptamtlichen Beigeordneten / Erste Beschlussfassung zur Abwahl von Stadträtin Thies
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 08.06.2011

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

In § 76 der Hessischen Gemeindeordnung wird die Abberufung von hauptamtlichen Beigeordneten (in Städten: Dezernentinnen und Dezernenten) geregelt. Eine Abberufung kann in Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern innerhalb von sechs Monaten nach Beginn der Wahlzeit der Gemeindevertretung mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl ihrer Mitglieder erfolgen. Über die Abberufung ist zwei Mal zu beraten und abzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die hauptamtliche Beigeordnete der Landeshauptstadt Wiesbaden, Frau Rita Thies, wird vorzeitig abberufen (§ 76 Abs. 2 HGO).

12. 11-F-33-0008

Abberufung und Neuwahl von hauptamtlichen Beigeordneten sowie Neuwahl von zwei hauptamtlichen Beigeordneten und dem/der Bürgermeister/in
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 07.06.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Ältestenausschuss wird beauftragt, die Aufgabe der Wahlvorbereitung wahrzunehmen. Er wird beauftragt, die Wahlen einer/eines Ersten Beigeordneten (Bürgermeisterin / Bürgermeister) sowie von zwei weiteren hauptamtlichen Beigeordneten gemäß § 42 HGO vorzubereiten, insbesondere den Ausschreibungstext zu formulieren, und der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 1. September 2011 über das Ergebnis seiner Arbeit zu berichten, sodass in dieser Sitzung die Wahlen vorgenommen werden können.

2. Der Stadtverordnetenvorsteher wird gebeten, am 11. August 2011, 16.00 Uhr, zu einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu laden. Tagesordnungspunkt soll die zweite Beratung und Abstimmung über die vorzeitige Abberufung der beiden hauptamtlichen Beigeordneten Frau Thies und Herr Prof. Dr.-Ing. Pös sein.

13. 11-S-00-0021

Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern in die Regionalversammlung für die Planungsregion Südhessen

14. 11-F-08-0014

Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden-Naurod - Umbenennung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 07.06.2011 -

Das Thema „Rudolf-Dietz-Schule“ beschäftigt die städtischen Gremien und die Wiesbadener Öffentlichkeit seit dem Jahre 2003 besonders intensiv. Im Dezember 2004 stellte der damalige Gutachter, Prof. Peter Steinbach, fest, dass man heute keine Schule mehr nach dem Nauroder Heimatdichter und Verfasser von judenfeindlichen Texten, Rudolf Dietz, benennen würde.

Nachdem 2006 eine Magistratskommission zu dem Thema eingerichtet worden war und diese mit der Schule eine Vereinbarung zur Behandlung der Thematik im Unterricht getroffen hatte, präsentierte die Schule im September 2008 ein pädagogisches Konzept, wie die NS-Vergangenheit des Schul-Namensgebers in der vierten Klasse thematisiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung zeigt sich über die Art und Weise der Aufarbeitung der NS-Zeit in der Rudolf-Dietz-Schule erfreut und spricht den Lehrkräften der Schule sowie allen Beteiligten an der Konzeption dieser Aufarbeitung Anerkennung für ihre pädagogische und didaktische Leistung aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass sich an der Sach- und Faktenlage der Namensgebung der Rudolf-Dietz-Schule nichts geändert hat, wonach der Gutachter Prof. Dr. Peter Steinbach die Ausführungen des Stadtarchivs bestätigt hat, nach denen Rudolf Dietz Mitglied der NSDAP war, dass er antisemitische Gedichte veröffentlicht sowie in seinem Gedicht „Reichslied“ Hitlers Machtübernahme „befürwortet und bejubelt“ habe und deshalb als geistiger Wegbereiter des Nazi-Regimes einzustufen sei. Auf populäre Weise habe er mithilfe gemütlich

klingender Mundart daran mitgewirkt, vorhandene antisemitische Vorurteile zu bekräftigen und den später in gigantische Staatsverbrechen einmündenden Rassismus zu verbreiten.

3. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Auffassung, dass die Namensgebung einer Schule der Überprüfung ihrer demokratischen Sinnhaftigkeit Stand halten muss, d. h., der Namenspatron einer Schule muss die Eignung haben, im Sinne von Menschenwürde und Toleranz, also im Sinne humanitärer Werte schlechthin für junge Menschen Vorbild zu sein.
4. Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, der Nauroder Grundschule den Namen „Rudolf-Dietz-Schule“ zu entziehen. Ortsbeirat und Schulkonferenz werden gebeten, für die Schule aus ihrer Sicht geeignete neue Namensvorschläge vorzulegen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung bittet um einen Bericht, was die vom ehemaligen Oberbürgermeister Hildebrand Diehl angekündigte weitere Aufarbeitung des „Mitläufertums“ während der NS-Zeit hervorgebracht hat.

15. 11-F-08-0016

Mahnwache der JN (Junge Nationaldemokraten) am 28. Mai 2011
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 07.06.2011 -

Vorbemerkung:

Nach fast genau einem Jahr hat die Jugendorganisation der NPD am Samstag, den 28. Mai 2011, wie angekündigt, der hessischen Landeshauptstadt einen neuerlichen Besuch abgestattet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Der Magistrat möge berichten:

Wann wurde die Mahnwache der JN angemeldet und von wem?

Welche Redner wurden benannt?

Welche Schritte hat der Magistrat unternommen, um die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 25. September 2008 (keinerlei Toleranz gegenüber jedweden Versuchen der NPD und anderer rechtsextremistischer und neonazistischer Gruppen ihre widerwärtige Propaganda zu verbreiten) und 25. März 2010 (Ausschöpfung aller juristischen Mittel) umzusetzen?

Warum wurden die Fraktionen und betroffenen Ortsbeiräte nicht wie verabredet über die Anmeldung der JN informiert.

Wieso wurde die Bushaltestelle am Bahnhof nicht so verlegt, dass nichtsahnende Bürger_innen nicht mitten in der Nazi-Mahnwache hätten aussteigen müssen?

Hält es der Magistrat für vertretbar, dass es unbeteiligte Bürger_innen seitens der Polizei verwehrt wurde, das Bahngelände zu betreten und den Zugverkehr zu nutzen?

Hält es der Magistrat im Nachhinein für klug die Mahnwachenteilnehmer (und eine -teilnehmerin) über den Bahnhof Mainz-Kastel an- und abzutransportieren, wo zur gleichen Zeit der Abreise der Start einer anderen Demonstration (Anti-AKW-Demo) in unmittelbarer Nähe stattfand.

II. Die Stadtverordnetenversammlung rügt den Magistrat, dass ihr Votum wiederholt missachtet wurde und fordert den Magistrat eindringlich auf zukünftig endlich entsprechend zu handeln.

16. 11-F-03-0036

Inklusive Bildung verwirklichen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.06.2011 -

Wiesbaden hat frühzeitig ein Konzept zur Umsetzung von Inklusion an Wiesbadener Schulen erarbeitet. Die Stadtverordnetenversammlung hat das Modellvorhaben „Erweiterung des Gemeinsamen Unterrichts mit dem Ziel der Umsetzung des freien Elternwahlrechts“ am 17. Februar 2011 beschlossen. Die Umsetzung kann aufgrund der Blockade des Landes Hessen, das hierfür keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, nicht erfolgen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zur Behindertenkonvention der UN nach der das Land verpflichtet ist, ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen zu verwirklichen. Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb das Land Hessen auf, endlich die Voraussetzung zu schaffen, dass das Recht behinderter Kinder auf inklusive Bildung in Wiesbaden umgesetzt werden kann.

Zudem wird der Magistrat gebeten,

- darzustellen wie er sich die Umsetzung von Inklusion vor dem Hintergrund der Blockadehaltung des Landes Hessen vorstellt.
- auf das Land Hessen hinzuwirken, so dass das Erfolg versprechende und von den Eltern getragene Wiesbadener Modellvorhaben doch zeitnah umgesetzt werden kann.

17. 11-F-03-0037

Wirksamer Schutz vor Luftverschmutzung durch Straßenverkehr
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011 -

Am 24.06.2010 beschloss die Stadtverordnetenversammlung das Lkw-Durchfahrtsverbot und am 16.12.2010 die Einrichtung einer Umweltzone. Beide Maßnahmen sind Bestandteil eines Kataloges, der zur Verringerung der Luftschadstoffe im Stadtgebiet beitragen soll. Die beiden hessischen Ministerien für Umwelt und für Verkehr haben angekündigt die Umweltzone und das Lkw-Durchfahrtsverbot nicht zu genehmigen. Vor dem Hintergrund der dauerhaften Grenzwertüberschreitungen für NOx und Feinstaub am ersten Ring und der Schiersteiner Straße ist dies wegen der erheblichen gesundheitlichen Auswirkungen auf die Wiesbadener Bevölkerung nicht hinnehmbar.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die Ankündigung der hessischen Ministerien für Umwelt und Verkehr, den Maßnahmenkatalog nicht zu genehmigen, vorzugehen sowie die Einrichtung einer Umweltzone und das Lkw-Durchfahrtsverbot als erste Maßnahmen einzufordern.
- Ein Verkehrskonzept zu erstellen, das wirksam zur Herabsetzung der Schadstoffkonzentration der Luft beiträgt. Unter anderem ist hierzu ein leistungsfähiger Ausbau des ÖPNV erforderlich.

18. 11-F-03-0038

Zeichen setzen gegen Rassismus und Antisemitismus

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.06.2011 -

Am 28. Mai 2011 fand in der Nähe des Hauptbahnhofs eine „Mahnwache“ von 26 Personen, die größtenteils der JN angehören, zum Thema Jugendkriminalität statt. Die Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden hatte lediglich eine Verlagerung der Kundgebung ausgehandelt aber nichts unternommen, um den Auftritt dieser rassistischen und antisemitischen Gruppierung zu unterbinden, obwohl die STVV am 25.3.2010 beschlossen hatte „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den (damals angekündigten) JN - Aufmarsch zu unterbinden“.

Ein Verbotsantrag als rechtliche Maßnahme ist ein wichtiges politisches Signal nicht nur gegenüber der Zivilgesellschaft in Wiesbaden, sondern auch gegenüber den Neonazis, weil es ihnen verdeutlicht, dass sie in Wiesbaden nicht willkommen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den Beschluss der STVV vom 25.3. 2010 „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den (damals angekündigten) JN - Aufmarsch zu unterbinden“ bei jeder angekündigten Aktion von rassistischen und /oder antisemitischen Gruppierungen strikt umzusetzen und nicht nur dann, wenn ein Verbotsantrag bei Anfechtung durch die Neonazis vor höheren Instanzen in jedem Fall Bestand haben wird.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antragsteller verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 11-F-02-0008

DL 09/11-2

Sport für Menschen mit Behinderung

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.02.2011 -

2. 11-F-23-0001

Vorgehen gegen Fluglärm

- gem. Dringlichkeitsantrag von CDU, SPD und FDP vom 05.05.2011 -

ANLAGE

3. 11-F-33-0005

Vorgehen gegen Fluglärm

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.05.2011 (ersetzt den Antrag an die StvV vom 05.05.2011 - 11-F-23-0001) -

- Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0023 vom 31.05.2011 -

ANLAGE

4. 11-A-02-0004

Angemessenheitsbericht

ANLAGE

5. 11-A-02-0005

Bekanntgabe der Benennungen der Fraktionen für die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung

ANLAGE

6. 11-V-01-0005

DL 09/11-3

Jahresbericht 2010 des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden

7. 11-V-01-0008

DL 10/11-2

Abschluss der Kommissionsarbeit der Magistratskommission "Mediation, Anpassung und Widerstand - Konsequenzen aus dem Steinbach-Gutachten"

8. 11-V-05-0002 DL 09/11-5

Energetische Ertüchtigung der Goetheschule (Austausch Heizungsanlage, Dämmung oberste Geschossdecke), aus dem Programm "Förderung der energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur - Investitionspakt"

9. 11-V-05-0004 DL 09/11-6

Gutachten zur Wirkungsabschätzung einer Umweltzone in Wiesbaden

10 11-V-08-0001 DL 09/11-8

Grundschule Breckenheim - Ausbau der Betreuung - Freigabe von Planungsmitteln

11. 11-V-08-0003 DL 13/11-1, 12/11-1

Hafenschule - Ausbau der Schule und der Betreuung - Freigabe von Planungsmitteln

12. 11-V-08-0004 DL 12/11-2, 11/11-1

Antwort des Hessischen Kultusministerium zum Antrag auf Vorab-Teilgenehmigung des Schulentwicklungsplanes 2010-2015

13. 11-V-10-0005 DL 09/11-9

Einführung des überarbeiteten Sitzungsvorlagenvordrucks, Einbindung des Seniorenbeirats über den Tagesordnungsabschnitt "C" des Magistrats

14. 11-V-10-0008 DL 13/11-2

Ehrung ausgeschiedener Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats und der Ortsbeiräte

ANLAGE

15. 11-V-10-0009 DL 13/11-3, 11/11-2

Situation Bürgerhaus Medenbach - Sachstand Planungen und weiteres Vorgehen

16. 11-V-11-2004 **DL 10/11-3**

Unterzeichnung der Luxemburger Deklaration

17. 11-V-14-0003 **DL 13/11-4, 11/11-3**

Soziale Stadt Biebrich-SüdOst; Neugestaltung der Rheinuferpromenade Wiesbaden-Biebrich - Wilhelm-Kopp-Straße bis Rheingau-Straße 155;
Ergebnis der Plausibilitätsprüfung

18. 11-V-20-0009 **DL 10/11-4**

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

19. 11-V-20-0010 **DL 09/11-10**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

20. 11-V-20-0013 **DL 09/11-11**

Förderrichtlinien der Landeshauptstadt Wiesbaden

21. 11-V-20-0018 **DL 11/11-4, 09/11-12**

Haushaltsplan 2012/2013 - Terminplan

ANLAGE

22. 11-V-20-0028 **DL 10/11-5**

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

23. 11-V-20-0029 **DL 10/11-6**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2011 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

24. **11-V-34-0002** **DL 13/11-5**

Festsetzung des Wahltermins für die Wiederholungswahl der Kommunalwahl vom 27.03.2011 auf den 11. September 2011

25. **11-V-36-0003** **DL 09/11-13**

Alllastensanierung Arsenschaden Rheinwiesen; Ergebnis der Mediation und Mittelfreigabe

26. **11-V-40-0015** **DL 09/11-14**

Grundschulkindbetreuung in Trägerschaft von Eltern- und Fördervereinen

27. **11-V-40-0018** **DL 10/11-7**

Alexeji-von-Jawlensky-Schule;
Asbestsanierung und Ertüchtigung des Brandschutzes im Rahmen von SOKO 44+

28. **11-V-40-0021** **DL 10/11-8**

Sonderkonjunkturprogramm Schulen - Deckung von Mittelverschiebungen

29. **11-V-41-0016** **DL 09/11-15**

Architektenhonorar für den geplanten Neubau Stadtmuseum

30. **11-V-41-0017** **DL 09/11-16**

Ersatzneubau Kulturzentrum Schlachthof; weitere Beauftragungen

31. **11-V-41-0019** **DL 13/11-6, 11/11-5**

Kulturzentrum Schlachthof; Baumaßnahme und zukünftiger Betrieb

ANLAGE

- 32. 11-V-51-0002** **DL 09/11-17**
Wohnungsbauprogramm 2011 Kontingentanmeldung
- 33. 11-V-51-0006** **DL 09/11-18**
Upgrade von Prosoz/S auf Open/Prosoz für den Bereich SGB XII (Abteilung 51.5001, Sozialhilfe und Flüchtlingswesen und 51.5003, Altenarbeit)
- 34. 11-V-51-0008** **DL 13/11-7, 12/11-3**
Wohnungsbauprogramm 2009 2. Ausführungsvorlage
- 35. 11-V-51-0017** **DL 09/11-19**
Sanierung Kita Sankt Bonifatius - Umzug ins Provisorium
- 36. 11-V-51-0019** **DL 10/11-10**
Außerkräfttreten des Hessischen Gesetzes zum Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (HessAFWoG) mit Ablauf des 30. Juni 2011; Bericht zu den Auswirkungen
- 37. 11-V-51-0023** **DL 13/11-8, 12/11-4**
Finanzierungsanpassung, Umstellung der vertraglichen Grundlage und Umstrukturierung des Platzangebotes der Kindertagesstätte des ASB in Wiesbaden-Naurod
- 38. 11-V-52-0006** **DL 09/11-20**
Sanierung des Kunstrasenplatzes Zehntenhof in Wiesbaden-Schierstein; Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
- 39. 11-V-52-0009** **DL 09/11-21**
Neubau eines Kunstrasens auf dem Sportplatz Delkenheim

40. 11-V-61-0033 **DL 12/11-9, 11/11-10**

Planfeststellung nach § 1 HEisenbG i.V. m. § 18 AEG und § 72 ff. HVwVfG für den Ersatzneubau der EÜ "Flachstraße" durch die ESWE-Anhörungsverfahren; Abgabe von Einwendungen und Stellungnahmen durch den Magistrat

41. 11-V-63-0002 **DL 12/11-10, 11/11-11**

Baugrundstück: Wiesbaden-Erbenheim, Bahnstraße 13
Bauvorhaben: Neubau Kinderhospiz und Verwaltung "Bärenherz" mit 12 PKW-Stellplätzen -
Bauantrag Az.: 6302/634678/10 vom 21.12.2010

42. 11-V-63-0004 **DL 13/11-9**

Baugrundstück: Wiesbaden, Mainzer Straße 89 - Bauantrag Az.: 6302/630230/11 - Neubau eines Hotels mit 121 Gästezimmern und einer Tiefgarage für 40 Pkws und 61 Pkw-Stellplätze

43. 11-V-66-0303 **DL 09/11-22**

Beseitigung von Frostschäden

44. 11-V-80-2312 **DL 10/11-12**

Tiefgarage Adolfsallee - Instandsetzung

45. 11-V-82-0006

Bestellung der Wirtschaftsprüfer für die TriWiCon, Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden, für das Wirtschaftsjahr 2010

Tagesordnung III

1. 11-A-02-0001

Fraktionsfinanzierung 2011 - 2016

ANLAGE

- | | | |
|----|--|----------------------------|
| 2. | 11-V-01-0006 | DL 09/11-4 |
| | Neufassung der Seniorenbeiratsordnung | |
| 3. | 11-V-07-0005 | DL 09/11-7 |
| | ELW - Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern | |
| 4. | 11-V-61-0007 | DL 10/11-11 |
| | Bebauungsplan "Aspenborn und Diebebaum" im Ortsbezirk Rambach Änderungsbeschluss und Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung | |
| 5. | 11-V-61-0027 | DL 12/11-5, 11/11-6 |
| | Bebauungsplan "Östlich der Parkstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Aufstellungsbeschluss - | |
| 6. | 11-V-61-0028 | DL 12/11-6, 11/11-7 |
| | Veränderungssperre "Östlich der Parkstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Satzungsbeschluss - | |
| 7. | 11-V-61-0029 | DL 12/11-7, 11/11-8 |
| | Bebauungsplan "Flandernstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Aufstellungsbeschluss - | |
| 8. | 11-V-61-0030 | DL 12/11-8, 11/11-9 |
| | Veränderungssperre "Flandernstraße" im Ortsbezirk Sonnenberg; - Satzungsbeschluss- | |

Tagesordnung IV

1. **11-V-20-0012** **DL 09/11-1 NÖ**
Richtlinien kommunale Anlagegeschäfte und derivative Finanzierungsinstrumente

2. **11-V-20-0014** **DL 09/11-2 NÖ**
Bürgschaft

3. **11-V-20-0015** **DL 09/11-3 NÖ**
Bürgschaft

4. **11-V-20-0016** **DL 09/11-4 NÖ**
Bürgschaft

5. **11-V-20-0019** **DL 09/11-5 NÖ**
Berichterstattung städt. Beteiligungsunternehmen 4. Quartal 2010

6. **11-V-20-0020** **DL 10/11-1 NÖ**
Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft

7. **11-V-20-0022** **DL 10/11-2 NÖ**
Bürgschaft

8. **11-V-20-0023** **DL 09/11-6 NÖ**
Anpassungen Finanzanlagevermögen

- | | | |
|-----|--|----------------|
| 9. | 11-V-20-0024 | DL 09/11-7 NÖ |
| | Bürgschaft | |
| 10. | 11-V-20-0025 | DL 13/11-1 NÖ |
| | Anpassung städt. Bürgschaftsregelung | |
| 11. | 11-V-20-0026 | DL 09/11-8 NÖ |
| | Bürgschaft | |
| 12. | 11-V-20-0027 | DL 13/11-2 NÖ |
| | Lizenzierung Basisbetriebssysteme | |
| 13. | 11-V-36-0002 | DL 09/11-9 NÖ |
| | Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat vom 27.01.2011 | |
| 14. | 11-V-36-0004 | DL 10/11-3 NÖ |
| | Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat vom 31.03.2011 | |
| 15. | 11-V-80-2302 | DL 10/11-4 NÖ |
| | Verkauf eines Baugrundstücks | |
| 16. | 11-V-80-2313 | DL 09/11-10 NÖ |
| | Verkauf eines Gewerbegrundstücks | |
| 17. | 11-V-80-2317 | DL 09/11-11 NÖ |
| | Verzeichnis genehmigter Grundstücksvorlagen | |

18. 11-V-80-2319

DL 13/11-3 NÖ, 11/11-1 NÖ

Aufhebung eines Erbbaurechts

19. 11-V-80-8007

DL 09/11-12 NÖ

Projektverlängerung - Ausbildung von Jugendlichen mit Handicaps 2011 - 2015

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher